

Herrn

Peter Weiß MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 16.02.2010

Eine Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien
Bitte um Unterstützung

Sehr geehrter Herr Weiß,

am 16. Oktober 2008 hatte Ihr damaliger Fraktionskollege Gerald Weiss eine Delegation von Mitgliedern der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge“ (IEDF) empfangen. Anlass des Gesprächs, an dem auch Michael Brand, zeitweise auch Maria Michalk teilgenommen hatten, war der Vorgang „Löschung und Neubewertung der Rentenanwartschaften der ehemaligen DDR-Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller“.

In der Folge der Unterredung hatte Herr Weiss damit begonnen, innerhalb der CDU/CSU-Fraktion darüber zu informieren und erste Schritte auf dem Weg zu einer Lösung des Problems zu veranlassen. Er ist nun zu unserem Bedauern nicht mehr im Bundestag.

Wie wir Ihrem Internetauftritt entnehmen, sind Sie Rentenexperte der CDU/CSU – Fraktion. Von meinem Wahlkreisabgeordneten Prof. Egon Jüttner erfuhr ich, dass Sie in dieser Eigenschaft mit den Themenkreisen „RÜG“ und „FRG“ befasst sind. Wir gehen davon aus, dass wir Sie damit als Ansprechpartner anzusehen haben, quasi in Nachfolge von Herrn Gerald Weiss.

Wie uns Herr Prof. Jüttner mitteilte, hat er die Unterlagen zur Sache, die wir ihm überreicht hatten, an Sie weitergegeben. Insofern gehen wir davon aus, dass Sie über die Problematik insoweit informiert sind.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Petitionsausschuss sich seit der vergangenen Legislaturperiode mit dem Problem befasst und in naher Zukunft zu einer Beschlussempfehlung kommen wird, bitten wir Sie herzlich, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Wir als Verein IEDF haben tiefgründig recherchiert und weisen nach, dass es im Zusammenhang mit der Gesetzgebung zur Wiedervereinigung Deutschlands einen in rechtsstaatlicher Hinsicht höchst

fragwürdigen Vorgang zu Lasten der ehemaligen DDR-Flüchtlinge gegeben hat. Dabei geht es nur vordergründig um das Ergebnis, den Absturz der Altersversorgung der Betroffenen. Was viel gravierender ist, ist der Vorgang als solcher, der in rechtsstaatlicher und politischer Hinsicht eine Ungeheuerlichkeit darstellt.

Wir sind gern bereit, Ihnen die entsprechenden Unterlagen zukommen zu lassen. Die Thematik ist komplex, denn sie geht über das Ressort des reinen Rentenrechts hinaus.

Wir bitten Sie um einen Gesprächstermin in Berlin. Unsere Erfahrung ist die, dass der Austausch von Informationen in einem persönlichen Gespräch dem Ziel besser dient und ökonomischer ist als die wechselseitige Übersendung von schriftlichem Material.

Für einen Terminvorschlag wären wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen